

fondsmagazin

Ein Newsletter der DekaBank –
Was Märkte bewegt, was Anleger wissen müssen

Sonderdruck
Kreissparkasse
Wiedenbrück

- 01 Das Klima verdient Besseres
- 06 „Weniger diskutieren, mehr handeln“
- 09 Geld anlegen für ein gutes Klima
- 11 Corona – das Virus war nie weg
- 13 US-Wahl – der schnelle Weg zum Sieg?



EUROPEAN GREEN DEAL

DAS KLIMA VERDIENT BESSERES

Selbst Corona kann das Top-Thema Klimaschutz nicht aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängen. Im Gegenteil: Die EU hat ihre ehrgeizigen Pläne für einen European Green Deal jetzt noch angehoben. Andere Weltregionen ziehen mit – und immer mehr Anleger. Sie machen mit ihren Investments klimafreundliche Unternehmen erfolgreicher.

TEXT: Peter Weißenberg

Landwirte holen Rekordernten aus dem guten Boden. Angler ziehen schwere Prachtkarpfen aus den Bächen. In den Dörfern tref-

fen sich Senioren im Schatten mächtiger Fichten. Alles erst ein Jahrzehnt her. Heute ist das anders: 2020 sind gemäßigte, lang anhaltende Regenfälle fast ganz ausgeblieben – wie seit drei Jahren schon. Die Äcker sind ausgelaugt, die Ernte ist um ein Drittel gefallen. Viele Flüsschen sind verschlammt oder ausgetrocknet, Nadelbäume im Ort eingegangen. Ein Bild wie in der trostlosen Steppe. Doch der Besucher steht nicht in der Ödnis der Mongolei – er besucht Artern, ein Örtchen mitten in Deutschland.

Der Vergleich mit dem asiatischen Steppenland ist nicht aus der Luft gegriffen. Hier in Thüringen regnet es inzwischen so selten wie in der Mongolei. Und solche Extreme werden zusehends

zur Normalität: in Deutschland, in Europa, weltweit. Monatelange Trockenheit und Waldbrände, Starkregen und Überschwemmungen, schmelzende Gletscher und sinkende Grundwasserspiegel – der Klimawandel ist überall.

ANLEGER FÖRDERN DEN KLIMASCHUTZ

„Die Umwelt befindet sich an einem Scheidepunkt“, sagt Hans Bruyninckx. Der Exekutivdirektor der Europäischen Umweltagentur drängt auf ein massives Gegenlenken. Sonst werden noch viel mehr EU-Regionen staubtrocken wie die Sahara oder überschwemmt wie Bangladesch im Monsun. Eine Gefahr, die auch viele Bürger genauso sehen – und deshalb für mehr Klimaschutz demonstrieren.

Die Menschen handeln zudem auch als Anleger: Vermögensbildung mit dementsprechender Zielrichtung hat nach einer Studie des Forums Nachhaltige Geldanlagen kräftig zugelegt; allein 2019 im Vorjahresvergleich um mehr als 20 Prozent. Das Volumen dieser Wertpapiere, darunter auch viele im Bereich Klimaschutz, erreicht inzwischen fast 270 Milliarden Euro.

Klimaschutz hat Konjunktur – das hat auch die Politik verstanden. Allen voran geht Ursula von der Leyen. Die Chefin der EU-Kommission hat den European Green Deal in Gang gesetzt: Die 27 Staaten der Europäischen Union sollen bis 2050 komplett klimaneutral sein. „Wir haben ein Europäisches Klimagesetz vorgeschlagen, um diese politische Verpflichtung in eine rechtliche Verpflichtung umzuwandeln“, so von der Leyen.

Alle Wirtschaftssektoren sollen dazu einen aktiven Beitrag leisten: in neue, umweltfreundliche Technologien investieren, umweltfreundlichere, kostengünstigere und gesündere Formen des privaten und öffentlichen Verkehrs entwickeln, den Energiesektor abgasfrei und Gebäude energieeffizienter machen. Im Ergebnis soll das auch Europas Industrie fitter für eine erfolgreiche Zukunft machen – und seine Unternehmen zu Meistern der Nachhaltigkeit → Infokasten rechts.

Mitgliedsländer, die am stärksten mit dem Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft zu kämpfen haben, können dabei finanzielle und technische Hilfe erwarten. Ziel ist es, im Zeitraum 2021 bis 2027 in den am meisten betroffenen Regionen mindestens 100 Milliarden Euro zu mobilisieren. Brüssel will damit auch Umweltstandards für den Rest der Welt setzen.

WER ERFOLGREICH SEIN WILL, STEUERT UM

Das ist eine Herkulesaufgabe. Aber es ist eine, mit der die Europäer nicht allein dastehen: So wollen auch die Chinesen bis 2060 klimaneutral leben – allein das hätte einen Effekt von 0,3 Grad weniger Temperaturanstieg, so Niklas Höhne vom New Climate Institute in Köln. Gleichzeitig wird weltweit den Verbrennungsmotoren der Kampf angesagt. Das Nicht-EU-Mitglied Norwegen will Benzin- und Dieselaautos bereits ab 2025 verbieten. Israel und Indien planen dies für 2030 – nebst einigen EU-Staaten wie Dänemark, Irland, Schweden oder die Niederlande.

Glücklich, wer als Anleger bereits frühzeitig in die Hersteller von Elektroautos oder Batterietechnik investiert hat. Die Kurse

HINTERGRUND

Die zehn wichtigsten Punkte des European Green Deal

Bis 2050 will die EU klimaneutral werden – und der Weg dorthin soll über den European Green Deal führen. Ein Überblick, welche Maßnahmen und Ziele die EU in ihrem Plan festgelegt hat.



Klimaneutrales Europa bis 2050

Treibhausgasemissionen **bis 2030 um 50 bis 55 Prozent** statt der bisherigen 40 Prozent **reduzieren**.

Umfassende Industriestrategie

Im Rahmen einer **Kreislaufwirtschaft** weniger Materialien verbrauchen, Produkte **wiederverwenden und recyceln**. Vorbereitung auf eine „saubere Stahlerzeugung“.



Mehr Biodiversität

Boden- und Wasser weit weniger belasten sowie eine neue **Forststrategie** umsetzen.

Gebäude und Renovierung

Sanierungsrate der Gebäude. **„mindestens verdoppeln“**.



Keine Belastung

Bis 2050 eine „schadstofffreie Umwelt“ bei Boden, Luft und Wasser Wirklichkeit werden lassen.



Neue Landwirtschaftsstrategie

Chemische **Pestizide, Düngemittel** und **Antibiotika** **deutlich reduziert** einsetzen.



Klimafreundliche Mobilität

CO₂-Ausstoß der Autoindustrie mit **Ziel null Gramm** in den 2030er-Jahren; nachhaltige Kraftstoffe in der Luft- und Schifffahrt sowie im Schwerlastverkehr fördern.

Attraktive Finanzhilfen

Mittels Fördermechanismus für eine gerechte Energiewende mit **100 Milliarden Euro** Regionen unterstützen, die am meisten von fossilen Brennstoffen und Kohleförderung abhängig sind.



Offensive Innovationen

Mit 100 Milliarden Euro bis 2027 das Innovationsprogramm **Horizon Europe** umsetzen; 35 Prozent der EU-Forschungsförderung für klimafreundliche Technologien aufwenden.



Veränderte Außenbeziehungen

Per **CO₂-Grenzsteuer** Industrien der EU vor klimaschädlicheren Billigimporten schützen.



Überschwemmungen: In den letzten drei Jahrzehnten gab es laut Universität Wien in Europa so viel Hochwasser wie seit 500 Jahren nicht; eine große Belastung für Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft.



Erdewärmung: Das vergangene Jahrzehnt war laut Weltorganisation für Meteorologie das wärmste je gemessene. Gletscher in den Gebirgen schmelzen massiv ab, Erdbeben bedrohen Mensch und Tiere.

etwa von Tesla oder BYD haben in den vergangenen Jahren deutlich stärker als der Markt zugelegt. Doch auch seit Jahrzehnten etablierte Marken investieren längst in klimafreundlichere Produkte, deren nachhaltige Produktion, Belieferung und Logistik – und werden damit zunehmend auch für Anleger interessant.

Denn wer als Unternehmer in der klimaneutralen Welt noch erfolgreich sein will, muss umsteuern. „Die Deka sieht den European Green Deal positiv, da dieser mit Investitionen in grüne Technologien, nachhaltige Lösungen und neue Geschäftschancen für Unternehmen zu Europas neuer Wachstumsstrategie werden kann“, sagt Winfried Mathes. Der Experte für Nachhaltigkeit & Corporate Governance bei der Deka Investment GmbH kämpft seit Jahren schon für diese Überzeugung – bei den vielen Konzernen, an denen die Anleger der Fondsgesellschaft beteiligt sind. Ganz im Einklang mit der Maxime der Deka: positiv Einfluss auf die Unternehmensführung zu nehmen, statt Investments einfach nur zurückzufahren.

Wer als Anleger etwa über Fonds oder ETFs gezielt in Firmen mit einer klimafreundlichen Agenda investiert, oder auch in die dementsprechenden Sektoren der Wirtschaft, der kann den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft so befördern. Allein die Deka hat zehn Fonds und dazu eine ganze Produktfamilie von ETFs im Angebot, die sich diesem Anspruch an die Vermögensbildung besonders verschrieben haben.

„Der European Green Deal kann zu Europas neuer Wachstumsstrategie werden.“

WINFRIED MATHES, EXPERTE FÜR NACHHALTIGKEIT UND CORPORATE GOVERNANCE BEI DER DEKA

Auch bedeutende Player der Wirtschaft haben diesen Wunsch der Verbraucher erkannt. „Wir bekommen zurzeit immer mehr Anfragen von Unternehmen, die mit uns ihre Nachhaltigkeitsstrategien diskutieren wollen. Und einige Unternehmen haben zuletzt ihre Klimapolitik adjustiert. So hat zum Beispiel Heidelberg-Cement sein ursprüngliches CO₂-Emissionsziel für 2030 auf 2025 vorgezogen, und der BMW-Konzern weitet seine Elektropläne aus“, so Mathes. Die Manager in diesen und vielen anderen Unternehmen sind genau wie die Investoren überzeugt: Wenn der Klimaschutz auf einem zukunftsweisenden Kurs ist, bewegt sich auch der Kurs ihrer Aktien und damit die Geldanlage für den Anleger langfristig in eine nachhaltig ertragssichere Richtung.

Auch andere Konzerne wie Siemens oder Volkswagen sind nicht zuletzt deswegen schon große Schritte gegangen auf dem Weg, bis 2050 klimaneutral zu werden – in allen Aktivitäten, auf der ganzen Welt. Allein VW steht dabei, gemessen am

Jahr 2016, mit seinen über 100 Fabriken für mehr als zwei Prozent der globalen Emissionen. Das entspricht der Menge, die die ganze Bundesrepublik Deutschland im selben Jahr emittiert hat.

Bei der Präsidentin der EU-Kommission kommen Beispiele wie diese gut an. Industrie und Wirtschaft seien zur Minderung des CO₂-Ausstoßes um 55 Prozent gegenüber 1990 bereit: Von der Leyen sagt: „Sie wollen es.“ Ein Beleg: Erst vor Kurzem haben rund 150 europäische Konzernchefs der Corporate Leaders



Group genau dieses Minderungsziel gefordert. Darunter befinden sich bisher massive CO₂-Emittenten wie die deutschen Stahlkocher Thyssenkrupp oder Salzgitter.

GEWINNER UND VERLIERER DES KLIMASCHUTZES

Schon jetzt ist nämlich klar: Der Klimawandel wird unter manchen Unternehmen und deren Anlegern auch Verlierer schaffen. Eine Studie der Investoren-Initiative Principles for Responsible Investment (PRI) hat prognostiziert, dass die 100 klimaschädlichsten Unternehmen im Weltindex MSCI in den kommenden fünf Jahren rund 43 Prozent ihrer bisherigen Bewertung verlieren werden. Das sind 1,4 Billionen US-Dollar, die den Anlegern mit diesen Firmen verloren gehen könnten.

Besonders schwer gebeutelt werden nach dieser Analyse Kohleunternehmen, Öl- und Gas-Produzenten sowie Firmen, die mit der großflächigen Abholzung von natürlich gewachsenen Wäldern ihr Geld verdienen wollen. Aber auch Rindfleisch-Produzenten, in deren Auftrag klimaschädigende Monokulturen etwa zum Sojabohnen-Anbau entstehen, werden laut PRI im Durchschnitt 15 Prozent ihres aktuellen Börsenwertes verlieren.

Wo Schatten ist, da strahlt für andere Anleger auch Licht: Dieselbe Untersuchung besagt nämlich, dass die 100 Unternehmen im MSCI, die am besten hinsichtlich Klimaschutz performen, in den kommenden fünf Jahren rund ein Drittel an Wert zulegen werden. Daran partizipieren die Anleger. Mit Anteilen von Firmen, die stark auf erneuerbare Energien, umweltfreundliche Antriebe wie Elektromotoren oder für den Klimaschutz nötige Mineralstoffe setzen, können sie um 700 Milliarden US-Dollar reicher werden. Zu den Gewinnerbranchen des Wandels zählen unter anderem die Anbieter von Elektromobilitätslösungen, erneuerbaren Energien oder Software für das Management klimaschonender Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft.

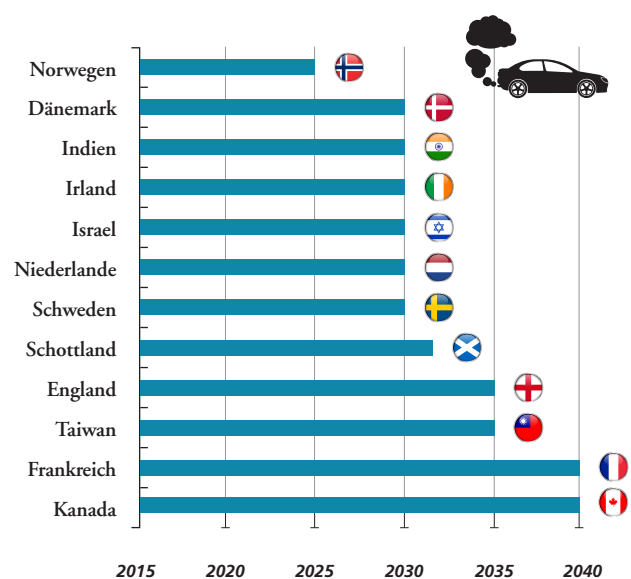
Deka-Experte Mathes weiß, dass trotzdem manches Unternehmen zu einem Schwenk in Richtung Klimaschutz noch einen Anstoß vonseiten seiner Anleger braucht: „So haben wir bei

Versteppung: Wegen immer heißerer Sommer und langer Trockenphasen gibt es in Europas Land- und Forstwirtschaft bereits Milliarden Schäden, so der Rückversicherer Munich Re.

VERBRENNER-VERBOTE

Vorreiter Norwegen

Geplanter Zeitpunkt für Zulassungsverbote von Benzin- und Dieselaautos im Ausland



Quelle: AutoZeitung. Stand: 15.09.2020

der diesjährigen Hauptversammlung von Royal Dutch Shell einen Aktionärsantrag unterstützt, der vom Unternehmen eine detailliertere Dekarbonisierungsstrategie verlangt.“ Auch bei Unternehmen wie Lufthansa, Thyssenkrupp oder Volkswagen drücken die Vertreter der Anleger bei nachhaltigen Initiativen aufs Tempo.

Klimafreundliche Investitionen zahlen sich schließlich aus. Davon ist auch die EU-Politik überzeugt; sie kämpft aber gleichzeitig für den Schutz gegen Schmutzfinken: Klimageignete Billigimporteure aus Asien oder Amerika sollen unter dem European Green Deal leiden. Denn künftig werden auswärtige Konkurrenten eine Art CO₂-Zoll an der europäischen Außengrenze zahlen. Importe etwa von Soja aus Brasilien oder Stahl aus China werden dann je nach ihrem CO₂-Gehalt verteuert. Nur Lieferanten, die nachweis-

lich genauso klimafreundlich produzieren wie die Europäer, können die Abgabe vermeiden. Zudem sollen europäische Exporteure einen Zuschuss erhalten, damit sie ihre Waren auf dem Weltmarkt trotz hoher Klimaschutzkosten wettbewerbsfähig anbieten können.

Auch unabhängige Wissenschaftler wie Sonja Peterson, Klimaexpertin am Institut für Weltwirtschaft, befürworten einen solchen „Grenzausgleichsmechanismus“ → Interview auf Seite 6. Er sei gerecht, marktkonform und bringe noch mehr Staaten dazu, etwa in den Emissionshandel einzusteigen. China beispielsweise verkaufe darum inzwischen CO₂-Emissionsrechte gegen Bares an die Unternehmen des Landes. Denn das Klima verdient Besseres – das hat auch das Reich der Mitte erkannt.

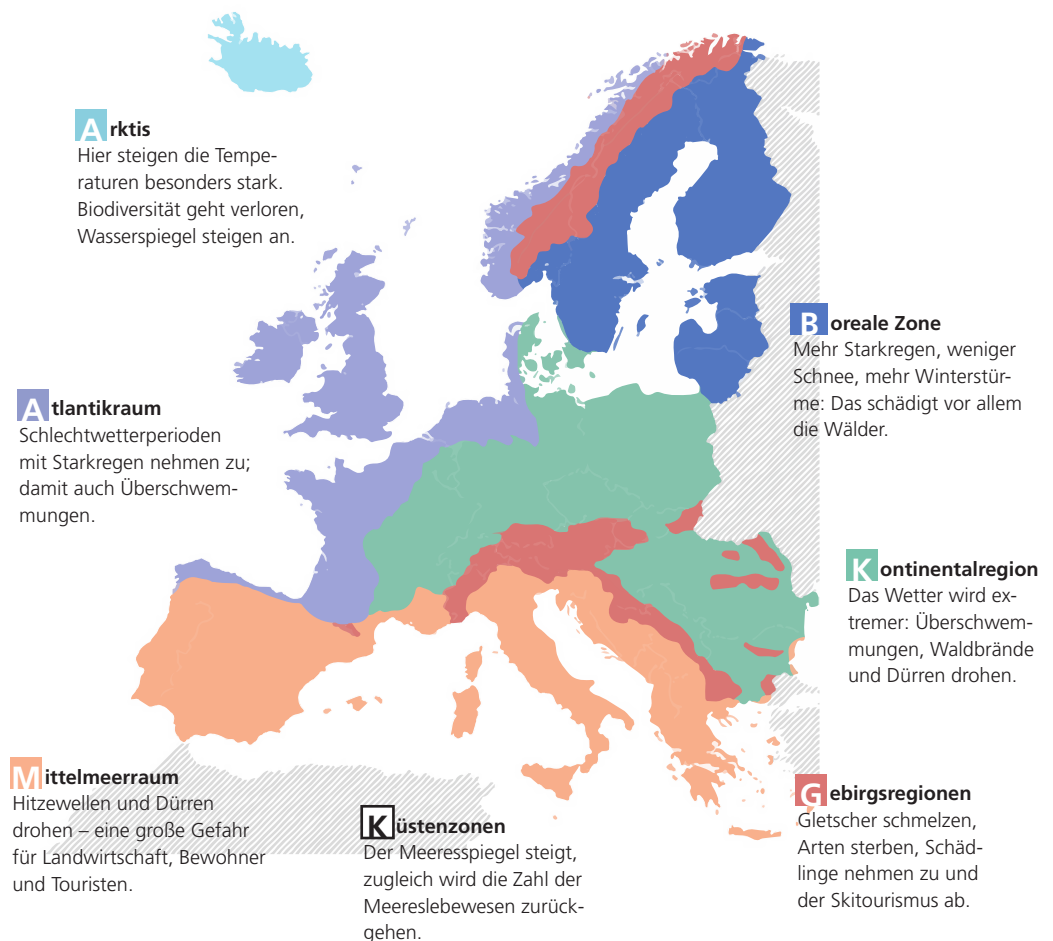
ANALYSE

So wird der Klimawandel Europa schaden

Die wichtigsten Auswirkungen einer steigenden Erderwärmung auf die Großregionen in der Europäischen Union

Vom Polarkreis bis nach

Südspanien: Schmelzende Eismassen, mehr Orkane, Hitzewellen oder Überschwemmungen bedrohen unseren Kontinent, wenn die Erderwärmung nicht deutlich verlangsamt und in den kommenden zwei Jahrzehnten ganz gestoppt werden kann. Zwar könnte der Klimawandel für einige Regionen – etwa bei Landwirtschaft oder Schiffsverkehr – sogar neue Perspektiven eröffnen. Eine Analyse im Auftrag des Europäischen Parlaments belegt allerdings ganz klar, dass der Großteil des Kontinents unter den Folgen des Klimawandels bei Weitem mehr zu leiden haben wird, als dass es ihm Vorteile bringt. Manche Regionen drohen sogar, etwa durch das Ansteigen der Meeresspiegel, Bodenerosion oder Versteppung, unbewohnbar zu werden.



Quelle: Europaparlament, eigene Recherchen. Stand: 30.09.2020

Protest: Umweltaktivisten, wie hier vor dem Kraftwerk Jänschwalde, demonstrieren gegen die hohen Emissionen durch Kohlekraftwerke.



KLIMAWANDEL

„WENIGER DISKUTIEREN, MEHR HANDELN“

Der Klimawandel hat in der Coronakrise bestenfalls eine Atempause gemacht. Die Probleme sind so groß wie zuvor. Sonja Peterson ist Wissenschaftskordinatorin am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Die Professorin bewertet den European Green Deal der EU, spricht über ihre Beratungsarbeit für Politik und Unternehmen – und über die Macht von Verbrauchern und Investoren beim Klimawandel.

TEXT: Peter Weißenberg

Frau Peterson, die Coronakrise hat zum stärksten Rückgang der CO₂-Emissionen seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Hält diese Atempause für den Klimawandel länger an? Können wir uns in der Umweltpolitik gelassener verhalten?
Zweimal die Antwort: nein. Das Sinken der CO₂-Emissionen ist ein einmaliger Kurzeffekt, der vor allem auf die Zeiten des Lockdowns in Wirtschaft und Gesellschaft zurückzuführen ist. Diese Entwicklung ist nicht nachhaltig. Daten aus Konsumverhalten und Konjunktur zeigen, dass die Emissionen wieder steigen.

Welche zum Beispiel?

Nehmen Sie etwa die Preise im Emissionshandel ...

... also dem Handel mit Verschmutzungsrechten, die Unternehmen nach Bedarf kaufen oder verkaufen können.
Genau. Diese Preise sind bereits wieder auf dem gleichen Niveau wie vor der Coronakrise. Ein starker Beleg dafür, dass der Emis-

ionsausstoß mit unverminderter Geschwindigkeit vorangeht. Übrigens war es in der Weltfinanzkrise 2008 genauso: Damals sanken kurzfristig die CO₂-Emissionen – und dann ging es wieder deutlich nach oben. Die Politik muss also steuernd eingreifen.

In der Coronakrise haben viele Menschen Geschmack am neuen E-Bike gefunden, an Homeoffice statt Pendelei und Videokonferenzen statt klimaschädlichen Businessflügen. Bleiben uns diese Verhaltensänderungen nicht erhalten?

Das mag sein. Aber nehmen Sie die BSE-Krise vor 20 Jahren: Da gab es erst auch eine deutliche Abkehr vom Rindfleisch. Nur hielt der Trend nicht an. Dazu kommt: Corona hat auch dazu geführt, dass viele Menschen lieber wieder allein im Auto sitzen statt in Bus oder Bahn. Und die Paketflut schwillt aufgrund des verstärkten Onlinehandels an. Da können wir noch nicht Bilanz ziehen.

Wer nicht abwartet, ist die EU-Kommission: Mit noch ehrgeizigeren Zielen im European Green Deal soll die Klimaneutralität näher rücken. Ist das der klimapolitische Befreiungsschlag?

Wenn es tatsächlich gelingt, bis 2050 die Emissionen um 100 Prozent zu reduzieren, dann ist das ein starker Schritt. Was jetzt wünschenswert ist: weniger über Jahreszahlen und Details zu diskutieren, und mehr handeln.

Einige Unternehmen aus den Bereichen Wärmeerzeugung und Automobilindustrie halten die Ziele für zu hoch. ▼

ZUR PERSON

Sonja Peterson

Die heute 47-jährige Sonja Peterson studierte Wirtschaftsmathematik an der Universität Hamburg und Volkswirtschaftslehre an der Universität Boulder in den USA. Seit 2002 ist sie am Institut für Weltwirtschaft und inzwischen mehr als 15 Jahre in Forschung und Beratung auf die europäische und internationale Klimapolitik fokussiert. Die Professorin der Universität Kiel arbeitet besonders an Modellen der Klimaökonomie und damit zusammenhängenden gesamtwirtschaftlichen Analysen.



Dabei geht ein Fünftel des in Deutschland ausgestoßenen CO₂ auf das Konto des Verkehrs – und anders als in anderen Bereichen sind die Emissionen dort seit 1990 nicht gesunken. Ist mehr Zwang zum Handeln nötig?

Der Mobilitätssektor war bislang nur sehr zögerlich bei der wirklichen Reduktion der Emissionen. Natürlich gab es effizientere Antriebe, aber die Fahrzeuge wurden zugleich größer und PS-stärker. Ein klassischer Rebound-Effekt.

An dem Effekt ist die Kundschaft nicht unschuldig.

Stimmt schon. Aber solche Effekte liegen eben auch am Rahmen, den der Gesetzgeber vorgibt. Das verändert das Verhalten aller Marktteilnehmer. Wir sind dafür, dass auch der Transportsektor künftig am Emissionshandel teilnimmt.

Also indem er CO₂-Verschmutzungsrechte kaufen muss, wenn er emissionsstarke Autos verkaufen will?

Das hat lenkende Effekte auf das Angebot. Wir stehen zudem vor der Herausforderung, über das Auto hinauszudenken. Wir brauchen eine komplett andere Stadt- und Landesplanung.

Mit Vorrang für umweltfreundliche Mobilität oder Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten ohne weite Wege?

Zum Beispiel. Es geht nicht nur darum, Kraftstoff teurer zu machen.

Können Forschung und Entwicklung in den Unternehmen mit dem politischen Zwang zum Klimawandel mithalten?

Ich bin zuversichtlich, dass die Ingenieurskunst zu Lösungen beitragen kann. In vielen Konzernen wird an E-Mobilität oder an alternativen Kraftstoffen gearbeitet.

Kritiker des European Green Deal fürchten, dass am Ende die Erkenntnis steht, „Klima gerettet, Wirtschaft tot“. Ab welchem Punkt können die Firmen einen zu ambitionierten Klimaschutz nicht mehr wirtschaftlich bewältigen?

Strukturwandel ist schon extrem herausfordernd. Aber das ist er auch in anderen industriellen Revolutionen gewesen. Und klar: Weniger Autonachfrage kann erst einmal bedeuten, dass die Unternehmen weniger Fahrzeuge produzieren. Aber bis 2050 ist ja noch Zeit, sich umzustellen.

Oder ganz neu zu erfinden.

Und genau das werden gute Unternehmen auch weiterhin schaffen. Denken Sie nur an Philips – die kamen von der klassischen Glühbirne; und die ist längst verboten.

Heute ist Philips vorn bei Gesundheitsprodukten und Haushaltsgeräten. Vielleicht war es gut, dass die EU klimaschädliche Glühbirnen verboten hat?

Wenn der politische Rahmen für das gewünschte Ziel klar ist, umso besser. Darum drängen ja viele Unternehmensleitungen auf klare Regeln für den Klimawandel. Ich selbst bin etwa im Nachhaltigkeitsbeirat von Porsche. Das Unternehmen nimmt deutlich wahr, wie die Welt im Klimawandel sich verändert – und reagiert.

Etwa mit dem vollelektrischen Taycan?

Auch. Aber grundsätzlich aus dem Bewusstsein, dass Stillstehen auch im Klimawandel Rückschritt bedeutet. Veränderung und Erneuerung sind doch das Wesen der Wirtschaft. Viele Unternehmen denken seit Jahren um – und sehen auch die Chancen in weltweit führenden Produkten aus klimaneutraler Produktion. ▼

▼
Auch die Politik muss handeln, fordern viele. Die EU ist im Klimaschutz nur einer von vielen Akteuren. Müsste nicht mit Kanada, Japan oder China eine gemeinsame Linie gefunden werden?

Ja. Klimawandel und Klimapolitik kennen keine Grenzen. Aber gerade in diesen Zeiten ist hinreichend bekannt, wie schwierig multilaterale Abstimmungen sind. Da gibt es Anlass zu Pessimismus – aber eben auch Raum für Optimismus. So nimmt der Trend, CO₂-Emissionsrechte mit einem Preis zu versehen, an Fahrt auf. Das zeigen Zahlen der Weltbank. 15 Prozent der globalen Emissionen haben bereits einen Preis. Und China fängt gerade erst richtig damit an. Mit dem im Aufbau befindlichen nationalen chinesischen Emissionshandelssystem wird ein Fünftel des globalen CO₂-Ausstoßes für die Unternehmen ein Kostenfaktor sein.

China hat kurz nach der Ankündigung der EU verkündet, bis 2060 klimaneutral sein zu wollen. Ist das realistisch?

Mein Eindruck ist, dass die Chinesen diesen Plan ernsthaft angehen. Bis 2030 soll dort der höchste Ausstoß an CO₂ erreicht sein – und danach soll es rapide abwärtsgehen. Zweiter großer Punkt: Auch in den USA gibt es keinen Stillstand. Da haben sich die Initiativen nur auf die bundesstaatliche Ebene verlagert. Staaten wie Kalifornien oder New York haben klare Umweltziele. Der Weg zu klimaschonendem Wirtschaften ist ein globaler Trend.

„Der Trend, CO₂-Emissionsrechte mit einem Preis zu versehen, nimmt an Fahrt auf.“

SONJA PETERSON, PROFESSORIN AM INSTITUT FÜR
 WELTWIRTSCHAFT IN KIEL

Und zu dem Trend gehört es auch, nicht mehr zu finanzieren, was keinen Platz beim Klimaschutz hat?

Das ist etwa daran zu sehen, dass die Investitionen in die Kohleindustrie deutlich zurückgehen – trotz mancher Wahlkampfrhetorik in einigen Ländern.

Welche Macht im Klimaschutz haben die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Es gibt natürlich überzeugte und höchst konsequente Klimaschützerinnen und Klimaschützer, die ganz aus eigenem Antrieb handeln. Aber grundsätzlich braucht es für alle Menschen politische Rahmenbedingungen zur Verhaltensänderung. Nehmen Sie nur das Beispiel Fahrradfahren: Das wird gerade in den Städten beliebter. Also werden mehr Fahrradwege gebaut – manchmal sogar Fahrradschnellwege. Autos werden durch Beschränkungen und hohe Parkgebühren zugleich aus den Citys verdrängt. Und das führt zu noch höherer Nachfrage nach Fahrrädern. So kann das in vielen Bereichen funktionieren.



Klarer Kurs: Bis zum Jahr 2050 soll die Stahlproduktion bei Thyssenkrupp klimaneutral werden.

Etwa auch beim Investment?

Sicher. Auch da werden kluge Investorinnen und Investoren nicht langfristig Geld in etwas anlegen, dessen Zukunft im Klimawandel ungewiss ist.

Wie etwa in Kohlekraftwerke. In der Folge lohnen sich dann solche Aktivitäten wirtschaftlich nicht mehr.

Ja, so ist es.

Ihr Institut ist eine der wichtigsten Stimmen der Wissenschaft bei Klimawandel und den ökonomischen Folgen.

Fühlen Sie sich und Ihre Beschäftigten genug gehört?

Wir haben schon eine besondere Rolle als außeruniversitäres Institut, gerade beim Wissenstransfer und der Beratung von Politik und Gesellschaft. Es ist unsere ureigenste Aufgabe, dafür zu arbeiten. Gerade in der Coronakrise gibt es da einen engen Austausch. Das ist wichtig für uns, denn die Realität ist häufig komplexer als die Wissenschaft. Wir müssen auch die Politik und ihre Zwänge besser verstehen und unsere Erkenntnisse und Annahmen transparent machen, Möglichkeiten und Konsequenzen aufzeigen.

Was halten Sie als Verbraucherin für Ihre wichtigste Maßnahme zum Klimaschutz?

Ich bin passionierte Fahrradfahrerin. Auch mein sonstiges Mobilitätsverhalten sieht beim Faktor Klimaeffekt ganz gut aus. Bei Heizen und Wohnen gibt es Optimierungsmöglichkeiten, in der Ernährung stehe ich auch ganz gut da. Es wäre aber vermessen, von allen ständig den Klimaschutzgedanken im Hinterkopf zu verlangen. Deshalb brauchen wir politische Rahmenbedingungen. ❗



NACHHALTIGKEITSFONDS

GELD ANLEGEN FÜR EIN GUTES KLIMA

Ressourcen schonen und Treibhausgasemissionen reduzieren: Das rechnet sich für die Umwelt, aber auch für Unternehmen und Investoren. Die Deka bietet Privatanlegern schon lange eine ganze Palette nachhaltiger Produkte und entwickelt diese laufend weiter. Nach neuen Klima-ETFs und Impact-Fonds sind jetzt auch zwei bekannte Flaggshipfonds als „grüne Variante“ erhältlich.

TEXT: Birgit Krey

Das Klima schützen und gleichzeitig einfach sowie breit diversifiziert investieren: Mit den börsengehandelten Klima-ETFs der Deka können Privatanleger beides kombinieren. Die „Deka MSCI Climate Change ESG UCITS ETFs“ bündeln Unternehmen, die den CO₂-Ausstoß reduzieren. Die ersten fünf Vertreter der neuen Produktfamilie decken die wichtigsten Anlageregionen ab: Deutschland, Eurozone, Europa, USA und Welt.

Wie die ETFs funktionieren? Im ersten Schritt fallen – wie bei klassischen, mit Filtern arbeitenden Nachhaltigkeitsfonds – Unternehmen heraus, die den Restriktionen bei Themen wie etwa geächtete Waffen, Tabak, Atomenergie nicht genügen oder gegen die Prinzipien des UN Global Compact verstoßen. Das ist ein weltweiter Pakt zwischen Unternehmen und den Vereinten Nationen, der die Globalisierung sozialer und ökologischer gestalten will. Im zweiten Schritt berechnet der US-Finanzdienstleister MSCI, dessen Indizes die Basis der ETFs bilden, für die verbleiben-

den Unternehmen einen Low-Carbon-Transition-Score, bei dem das Spektrum der Bewertung von Lösungsanbietern („Solutions“), über „neutral“ bis hin zur Kategorie „Asset Stranding“ reicht – das heißt so viel wie „gestrandete Vermögenswerte“ und beschreibt das drohende Ende eines Geschäftsmodells.

„In den Climate-Change-Indizes, auf die sich unsere neuen ETFs beziehen, werden Unternehmen aus der Kategorie ‚Solutions‘ gegenüber dem Mutterindex höher gewichtet und Klimaverlierer untergewichtet“, so Georg Kayser, zuständig für den ETF-Vertrieb der Deka. „So erreichen wir im Vergleich zum Mutterindex in allen fünf ETFs eine Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen von mehr als 50 Prozent – und das bei hoher Diversifikation.“

Trotz breiter Streuung unterliegen aber auch ETFs den Wertschwankungen der Märkte, die – genauso wie bei den folgenden Fonds – in den negativen Bereich gehen und für den Anleger zu Verlusten führen können. ETFs werden zudem generell nicht aktiv gemanagt, sondern folgen den ihnen zugrundeliegenden

„Wasserstoff wird ein Gamechanger im Bereich der Antriebstechnologien.“

**PATRICK JAHNKE, FONDSMANAGER
DEKA-NACHHALTIGKEIT IMPACT AKTIEN**

Indizes, die nur in längeren Abständen angepasst werden. Aber nicht nur bei den ETFs, auch bei den aktiv gemanagten und breiter auf das Thema Nachhaltigkeit setzenden Produkten gibt es Neues: Einen spannenden Ansatz bieten dabei die Fonds Deka-Nachhaltigkeit Impact Aktien und Deka-Nachhaltigkeit Impact Renten.

PROBLEME LÖSEN MIT IMPACT-FONDS

Für die Impact-Fonds investiert das Management in Unternehmen, die dazu beitragen, die globalen Probleme wie Klimawandel, aber auch Wasserknappheit, Armut, mangelnde Bildung oder Diskriminierung zu lösen. Hier liegt der entscheidende Unterschied zu klassischen Nachhaltigkeitsfonds: Es geht nicht nur darum, das Schädliche auszuschließen, sondern zusätzlich das Positive zu fördern, das Wirkung zeitigt.

Für den Deka-Nachhaltigkeit Impact Aktien sucht Nachhaltigkeitsspezialist Patrick Jahnke gezielt nach Lösungsanbietern. Dazu gehören zum Beispiel Recycling und auch die Entwicklung alternativer Antriebe. „Wasserstoff wird ein Gamechanger im Bereich Antriebstechnologien“, ist Jahnke überzeugt. Anheuser Busch etwa hat 600 Lkw mit Wasserstoffantrieb eines US-Anbieters bestellt. Und der koreanische Automobilproduzent Hyundai lieferte schon 1000 Lkw an die Schweiz, die über ein ausgebautes Wasserstofftankstellennetzwerk verfügt. Gabelstapler mit Wasserstoffantrieb des US-Anbieters Plug Power werden von Amazon und Walmart bereits jetzt in insgesamt 120 Lagerhäusern eingesetzt.

Aber auch Versorger, die erneuerbare Energie an Technologiegiganten wie Alphabet, Microsoft, Apple oder SAP liefern – deren Großrechner und Datenzentren sehr viel Strom benötigen –, können es heute in den Fonds schaffen. Inzwischen beziehen diese Großunternehmen ihren Strom von Wind- und Solarparks und haben sich klimaneutral aufgestellt oder streben Klimaneutralität an. Microsoft hat sich sogar zum Ziel gesetzt, bis 2050 den gesamten Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu entfernen, den das Unternehmen seit seiner Gründung 1975 direkt oder durch seinen Stromverbrauch emittiert hat.

ZWEI FLAGGSCHIFFE MIT „GRÜNEN ZWILLINGEN“

Auf dem Gebiet der klassischen Nachhaltigkeitsfonds – also Fonds, die allein mit Ausschlusskriterien arbeiten – gibt es ebenfalls Zuwachs: Die großen Fondsflaggschiffe Deka-GlobalChampions und Deka-DividendenStrategie sind jetzt auch in einer nachhaltigen Variante zu haben.

Genau wie der Deka-DividendenStrategie investiert dabei auch sein „grüner Zwilling“ Deka-Nachhaltigkeit DividendenStrategie weltweit in Unternehmen mit überdurchschnittlicher Dividendenqualität und schüttet seine Erträge zweimal jährlich aus. In der nachhaltigen Variante setzt sein Fondsmanager Robert Palvadeau zum Beispiel auf den Klima-, Heiz- und Lüftungstechniker Trane Technologies oder Versorger wie Enel, EDP oder Eversource, die zunehmend erneuerbare Energien nutzen. „Vor allem in Europa haben viele Versorger, die zu den klassischen Dividendensäulen zählen, zukunftsfähige Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt“, erläutert Palvadeau. Der zweite Fonds, der Deka-Nachhaltigkeit



Kompetentes Deka-Quartett (im Uhrzeigersinn von oben links): Die Fondsexperten Mario Adorf und Robert Palvadeau sowie Georg Kayser und Patrick Jahnke.

GlobalChampions, setzt wie der Deka-GlobalChampions überwiegend auf Unternehmen, die an der weltweiten Vernetzung teilhaben. Das können zum Beispiel bekannte Marktführer oder „Hidden Champions“ sein, die auf dem Weltmarkt oder in regionalen Wachstumsmärkten erfolgreich arbeiten.

Für den Fonds hat Manager Mario Adorf Schwergewichte wie Vale, BHP, Exxon oder Chevron durch Windenergieproduzenten wie Vestas und Ørsted oder Dämmstoffhersteller wie Rockwell ersetzt. Ebenfalls im Portfolio: Recycling-Spezialisten Umicore und Darling Ingredients, die elektronische Bauteile und E-Schrott beziehungsweise Altöle und Fette aufbereiten.

Bei allen Fonds, bei denen die Nachhaltigkeit im Fokus steht, können allerdings neue wissenschaftliche Erkenntnisse dazu führen, dass Kriterien anzupassen und Änderungen an der Ausrichtung vorzunehmen sind. Trotzdem gilt: Geld ist ein starker Treiber des Wandels. „Je stärker der Kapitalmarkt sein Augenmerk auf Nachhaltigkeit richtet, desto größer der Anreiz für Unternehmen, sich besser aufzustellen“, so Adorf. „Es gibt in jeder Branche Firmen, die den Unterschied machen. Für Unternehmen, die den Klimawandel nicht im Blick haben und ihr Geschäft nicht nach der neuen Welt ausrichten, wird es dagegen teuer.“

Mit den neuen Klima-ETFs, Impact-Fonds, „grünen“ Fondsflaggschiffen oder klassischen Nachhaltigkeitsfonds wie Deka-Nachhaltigkeit Aktien oder Deka-Nachhaltigkeit Renten können Anleger den Wandel fördern und an ihm teilhaben.



CORONA

DAS VIRUS WAR NIE WEG

Das Covid-19-Virus belastet in vielen Ländern weiter die Wirtschaft und verlangsamt durch neue temporäre Einschränkungen die Erholung der Märkte und Branchen. Dennoch halten die Experten der Deka die Wahrscheinlichkeit eines landesweiten Lockdowns immer noch für gering.

TEXT: Hans-Peter Arndt

Es ist nur eine Momentaufnahme, doch der Blick auf die Coronazahlen Ende Oktober macht deutlich: Die Pandemie ist wieder auf dem Vormarsch – früher und dynamischer als von vielen Wissenschaftlern erwartet. In den USA ist sogar noch die nur geringfügig eingedämmte erste Welle unterwegs. Weltweit infizieren sich so täglich rund 400.000 Personen; Tendenz steigend.

Angesichts der auch in Europa deutlich wachsenden Ansteckungszahlen bleibt die Erwartung im Raum, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis erneut Lockdowns mit entsprechend negativen wirtschaftlichen Folgen anstünden. Fakt ist: Kein deutsches Nachbarland ist derzeit ohne Risikogebiet. Und die Anzeichen in Deutschland, dass die Pandemie immer schneller und regional unterschiedlich stark um sich greift, unterstreichen zusätzlich die schwierige Entscheidungssituation für die Politik.

Die Folge: Sportveranstaltungen finden teils vor leeren Rängen statt, Privatfeiern sind nur eingeschränkt möglich, Großveranstaltungen abgesagt und vielerorts werden Sperrstunden erlassen. Angesichts der starken regionalen Konzentration von

Corona-Hotspots könnten Ausgangssperren für das gesamte Ruhrgebiet oder eine einsame Weihnacht für Oberbayern nicht mehr nur wilden Fantasien entsprungen sein.

„Grundsätzlich ist ein regionales Infektionsgeschehen auch regional zu bekämpfen. Wichtig ist jedoch, dass die politische Administration in solchen Fragen Einigkeit demonstriert“, erklärt dazu Deka-Chefvolkswirt Ulrich Kater und verdeutlicht: „Bei den Kosten eines landesweiten Lockdowns werden oft die negativen Stimmungseffekte bei Verbrauchern und Investoren vernachlässigt. Diese muss man abwägen gegen den ebenfalls negativen Vertrauenseffekt, wenn die Fallzahlen zu stark steigen“.

SOMMERLICHE KURSALLIYE

Beim Abklingen der ersten Pandemiewelle vor vier Monaten fühlte sich der Wachstumsrückgang für viele Bürger noch besorgniserregend an. Aber der Sommer und die Konjunkturerholung sorgten dafür, dass die Aktienmärkte zu einer fulminanten Kursrallye ansetzten, um den Einbruch von Februar und März wettzumachen. Kater: „Zu diesen positiven Markterwartungen passten die angesprungenen Konjunkturindikatoren nach dem Ende des Lockdowns im Frühjahr.“

Doch das Coronavirus war nie weg. Auch für die Deka-Volkswirte war immer klar, dass ohne Impfstoffe und Medikamente das Winterhalbjahr 2020/21 mit einer zweiten Welle der Pandemie einhergehen und die Konjunkturerholung zäh, langwierig und mit Blick auf die Volkswirtschaften sehr heterogen ablaufen ▼

würde. Was bedeutet jetzt die Rückkehr des Covid-19-Virus für die Konjunktur- und Kapitalmarktperspektiven? „Aus den Erfahrungen des Frühjahrs zeichnet sich ab, dass insbesondere Unternehmen des produzierenden Gewerbes ebenso wie Kitas und Schulen nach Möglichkeit geöffnet bleiben sollten. Rasche, überwiegend lokale und zeitlich eng begrenzte Beschränkungen des öffentlichen Lebens könnten dafür sorgen, eine ‚angeordnete‘ heftige Rezession wie im Frühjahr zu vermeiden“, betont Kater.

DIE KONJUNKTURELLE ERHOLUNG WIRD HOLPRIGER

Nicht zuletzt die Übung im Umgang mit dem Virus in der Bevölkerung und auch im Gesundheitssystem spricht aus seiner Sicht nach wie vor mit der höchsten Wahrscheinlichkeit für ein Szenario, in dem sich die konjunkturelle Erholung fortsetzt – wenn auch etwas holpriger als zuvor gedacht. Diese Perspektive ist für die Kapitalmärkte wichtig. Denn die derzeit robuste Verfassung der Aktienmärkte resultiert unverändert aus der Erwartung, dass bei Bedarf zusätzliche Unterstützung seitens der Geld- und Finanzpolitik kommen wird – bis dann im kommenden Jahr die Entwarnung dank bereitstehender Impfstoffe ansteht.

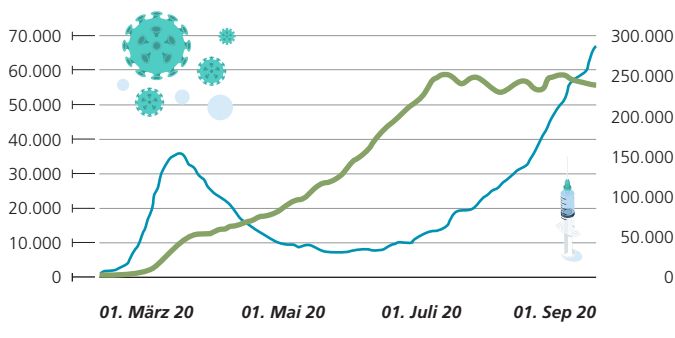
Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Die Kosten im Umgang mit dem Virus schätzt das Bundesfinanzministerium für 2020 und 2021 auf 620 Milliarden Euro, wobei dieser Betrag noch nicht die Kreditgarantien in Höhe von 756 Milliarden Euro beinhaltet. Hohe Staatsausgaben und Haushaltsdefizite würden so auf Sicht der kommenden Jahre anhalten. Dabei dürfte die Finanzierung zum Teil über den EU-Wiederaufbaufonds erfolgen; der soll voraussichtlich als dauerhafte Institution etabliert werden – das hat zumindest EZB-Chefin Lagarde kürzlich in der französischen Zeitung Le Monde gefordert.

FALLZAHLEN

Das Virus lässt nicht nach

Beim Vergleich der Neuinfizierten (Sieben-Tages-Durchschnitt) wird deutlich, wie kräftig die Länder betroffen sind, die sich bereits in der zweiten Welle befinden. Haupttreiber sind hier Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien und Deutschland.

■ 2.-Welle-Länder (Legende links) ■ 1.-Welle-Länder (Legende rechts)



Quelle: DekaBank; Stand: Oktober 2020



Maskenpflicht: Immer mehr deutsche Städte werden zu Corona-Hotspots. Im Kampf gegen die zweite Welle hat die Politik die Vorschriften verschärft.

Neben der aktuellen Wirtschaftskrise lauert am Horizont eine weitere Herausforderung: Läuft etwa die Aussetzungsfrist der Insolvenzantragspflicht zum Jahresende ab, könnten viele Unternehmen schließen und die Kreditinstitute vor weitere Herausforderungen stellen. „Die Ausnahmen werden bereits langsam zurückgenommen – aber das ist auch richtig“, so der Deka-Chefvolkswirt. Denn eine Abwärtsspirale wäre zwar fatal, eine „Einbalsamierung der Wirtschaft“ aber auch.

AUS DER ERSTEN WELLE WURDE GELERNT

Die Deka-Experten gehen so davon aus, dass eine Politik der lokalen Beschränkungen zu einer Pause im ansonsten kräftiger als erwartet ausgefallenen Erholungsprozess seit Mai führt. Nach der starken Erholungsrate im dritten Quartal dürfte die zweite Welle ohne einen landesweiten Lockdown zu einer Stagnation der Konjunktur in Deutschland führen – schlimmstenfalls erwarten die Volkswirte eine leicht negative Quartalsrate.

Insgesamt könnte die zweite Welle für die Wirtschaft so glimpflicher ausfallen als die erste. Denn aus der ersten Phase der Pandemie im Frühjahr gibt es vielfältige Erkenntnisse. Mediziner und Politiker können die Bedrohungslage besser einschätzen und differenzierter reagieren. „Aus unserer Sicht wird sich die weitere wirtschaftliche Erholung zäher gestalten, aber einen Einbruch wie im Frühjahr erwarte ich nicht“, erklärt Kater und fügt an: „Die gegenwärtige Covid-19-Welle trifft Europa zwar besonders hart. Für die gesamte Weltwirtschaft wird die Erholung aber weitergehen, wenn auch stark verlangsamt oder sogar für einige Wochen ganz unterbrochen.“

US-WAHL

DER SCHNELLE WEG ZUM SIEG?

Einen echten „Wahltag“ wird es in den USA 2020 wohl nicht geben, eher eine Wahlwoche – oder sogar mehrere davon. Davon sind viele Experten angesichts der Flut an Briefwählern überzeugt. In manch umkämpftem Swing State wie Pennsylvania dürfen erst dann die Millionen Stimmbriefe geöffnet werden, wenn am 4. November ab 1 Uhr deutscher Zeit dort die Wahllokale schließen.

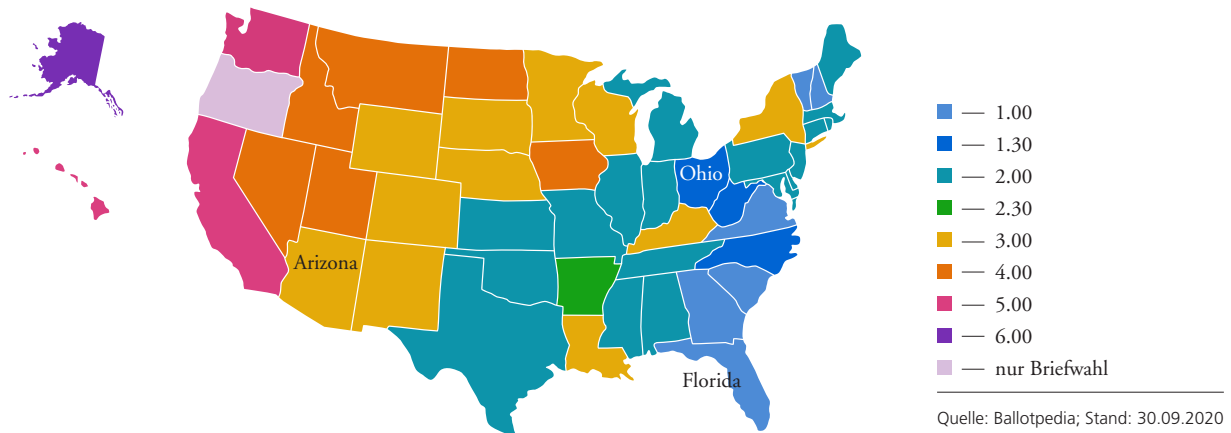
Deswegen haben viele Beobachter lange eine Hängepartie mit unklarem Ausgang befürchtet – und womöglich sogar gewalttätige Auseinandersetzungen, falls sich Trump oder Biden frühzeitig zu Siegern erklären würden. Dazu drohen Tausende von Klagen gegen eine knappe Wahl. Auch die Finanzmärkte fürchten so eine ungewisse Situation – und waren deswegen auch zwischenzeit-

lich in die Knie gegangen. Mit den immer besseren Prognosen für einen überzeugenden Sieg des Herausforderers Biden hat sich diese Lage etwas beruhigt. Nun steigt die Wahrscheinlichkeit, dass bereits wenige Stunden nach dem Ende der Abstimmung der neue Präsident feststeht: Wenn Biden etwa Staaten wie Florida, Ohio oder Arizona gewinnt, wo die Briefwahlstimmen bereits bei Ende der Wahl ausgezählt sind, dann wäre ihm wahrscheinlich schon am frühen Morgen des 4. November der Sieg kaum zu nehmen. Wer die spannende Wahl selbst mitverfolgen will, findet hier die Zeitpunkte, an denen die Wahllokale nach deutscher Zeit schließen. Schon ab etwa 2 Uhr werden viele Hochrechnungen aus entscheidenden Staaten erwartet.

TAG DER ENTSCHEIDUNG

Wann die Wahllokale schließen

Schließung der Wahllokale nach mitteleuropäischer Zeit 2020. Bei Staaten mit mehreren Zeitzonen ist die spätere Uhrzeit abgebildet.



Was die Märkte bewegt, was Anleger wissen müssen – wenn Sie sich regelmäßig fundiert über Finanzmärkte und Anlagechancen informieren möchten, dann lesen Sie doch den kostenlosen, monatlichen fondsmagazin-Newsletter.

→ **Abonnieren Sie diesen auf www.fondsmagazin.de**

Impressum

Herausgeber: DekaBank, Mainzer Landstr. 16, 60325 Frankfurt, www.dekabank.de.

Verlag: Deutscher Sparkassen Verlag GmbH (DSV), Am Wallgraben 115, 70565 Stuttgart. www.fondsmagazin.de, E-Mail: fondsmagazin@deka.de, Fax: 0711 782-1120

Postanschrift: fondsmagazin Leserservice, Am Wallgraben 115, 70565 Stuttgart.

Sie möchten uns schreiben? Schicken Sie Ihre Anregungen, Ideen und natürlich auch Kritik ganz einfach per E-Mail an fondsmagazin@deka.de.

Chefredakteur: Olivier Löffler (V.i.S.d.P.)

Verantwortlicher Redakteur: Gunnar Erth

Redaktion: Helene Adam, Ines Pfaff, Michael Merklinger, Diana Pfordte, Peter Weißenberg

Grafik/Infografiken: KD1 Designagentur, Köln

Artikel, die mit Namen oder Signets des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Trotz sorgfältiger Auswahl der Quellen kann für die Richtigkeit des Inhalts keine Haftung übernommen werden. Die Angaben dienen der Information und sind keine Aufforderungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren.